

Donnerstag (Vormittag), 10. März 2022 / Jeudi matin, 10 mars 2022

2. Priorität – Staatskanzlei / 2^e priorité – Chancellerie d'Etat

55 2021.RRGR.200 Motion 131-2021 Zimmerli (Bern, FDP)
Pilotversuche zwecks Einführung von E-Collecting im Kanton Bern

55 2021.RRGR.200 Motion 131-2021 Zimmerli (Bern, PLR)
Essais pilotes en vue du lancement de la collecte électronique de signatures dans le canton de Berne

Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz. / Le président reprend la direction des délibérations.

Le président. L'affaire du point numéro 55 de l'ordre du jour : il s'agit d'une motion, le débat est libre. Le gouvernement propose l'adoption sous la forme d'un postulat, ce que le motionnaire refuse. Donc, je lui laisse la parole : M. le député Zimmerli.

Christoph Patrick Zimmerli, Bern (FDP), Motionär. Mit dieser Motion möchten wir gerne den Regierungsrat dazu auffordern, die gesetzlichen Grundlagen für Pilotversuche zur Einführung des sogenannten E-Collectings in den Gemeinden und im Kanton Bern zu schaffen. Was wollen wir? Wie wir als politisch Aktive alle wissen, ist die Unterschriftensammlung für Initiativen und Referenden heute nur physisch möglich und mit ganz erheblichem Aufwand verbunden. Nachdem heute sowohl im Berufs- wie auch im Privatleben die Digitalisierung überall Einzug gehalten hat, die digitale Kompetenz unserer Bevölkerung insbesondere wegen der Covid-19-Krise stark zugenommen hat und unsere jüngere Bevölkerung ohnehin sogenannte «Digital Natives» sind, scheint es uns an der Zeit zu sein, auch die Vorteile und Vorzüge der Digitalisierung zur Stärkung unserer direkten Demokratie einzusetzen.

Nachdem gegen das E-Voting – also das elektronische Abstimmen – Einwände bezüglich der Sicherheit erhoben wurden, könnte E-Collecting – eben das Sammeln von Unterschriften – ein Einstieg in die digitale Wahrnehmung der direktdemokratischen Volksrechte sein. Um die Worte von Alt-Bundesrat Ogi zu bemühen: «Es könnte ein Trainingslager darstellen.»

Mit der digitalen Unterschriftensammlung im Internet und auf mobilen Endgeräten, also Handys, können breitere Bevölkerungsgruppen – namentlich auch jüngere Leute – erreicht und somit die direkte Demokratie gestärkt werden. Die Sicherheitsrisiken bei der elektronischen Unterschriftensammlung sind vergleichsweise überschaubar, weil ja kein Stimmgeheimnis gewahrt werden muss und über eine Vorlage dann allenfalls nachträglich abgestimmt wird. Deshalb schlagen wir vor, dass jetzt zuerst einmal im Rahmen von Pilotversuchen überlegt und Erfahrungen gesammelt werden, ob sich das bewähren könnte und ob wir dann anschliessend die gesetzlichen Grundlagen dafür schaffen wollen.

Wie immer, wenn er eine Sache nicht will, verweist der Regierungsrat in seiner Antwort auf ungelöste und komplexe Fragen im Zusammenhang mit der Umsetzung und auf die Bemühungen auf Bundesebene, welche seit Jahren vor sich hindümpeln und nicht vorwärtskommen. Er sagt, es sei zwar durchaus sinnvoll, dies zu überlegen, hat aber keine Lust darauf, als Kanton Bern «Frontrunner» zu sein.

Da wir ja in verschiedenen Bereichen nicht wirklich brillieren als Kanton Bern – namentlich im wirtschaftlichen Bereich, wo wir immer die Letzten auf der Liste sind –, fänden wir es doch schön, wenn man wenigstens etwas Innovatives im staatspolitischen Bereich bieten könnte. Das wäre ein Projekt, das mit relativ wenig Aufwand umgesetzt werden und bei dem man zeigen könnte, dass wir auch etwas Innovatives für unser Land bieten können, das im Anschluss auf Bundesebene über-

nommen werden kann, sofern es sich eben bewährt. Dieser Weg ist viel einfacher, als wenn zuerst auf Bundesebene ein Gesetz gemacht wird und es auf Bundesebene versucht wird, anstatt dies z. B. in einer Gemeinde des Kantons Bern zuerst einmal auszuprobieren. Darum geht es, und deshalb wären wir dankbar, wenn Sie den Vorstoss als Motion unterstützen.

Beat Bösiger, Niederbipp (SVP), Fraktionssprecher. Die Digitalisierung hat in unserer Gesellschaft Einzug gehalten und ist etabliert. Auch die direkte Demokratie ist ein wichtiges Instrument und eine Grundlage unseres politischen Systems. Die Motionäre wollen jetzt ein Gesetz für Pilotprojekte für E-Collecting in Auftrag geben. Die Begründung ist, dass mit der elektronischen Unterschriftensammlung eine breite Bevölkerungsgruppe erreicht werden kann.

Das kann man auch anders sehen. Wir haben nicht nur die junge Generation, sondern auch die älteren Generationen und Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die mit einem elektronischen Gerät und den elektronischen Medien nicht vertraut sind. Sie alle haben aber auch ein Anrecht auf die direkte Demokratie und somit auf die Unterschriftensammlung – und auch darauf, selber zu unterschreiben. Somit müssten die Unterschriftensammlungen doppelt erfolgen – also digital und in Papierform. Es müssten auch beide Systeme vorbereitet werden, und das heisst: Es müssten auch beide Systeme kontrolliert werden. Ich frage mich, wo dann die Einsparungen herkommen sollen.

Gerade beim persönlichen Sammeln von Unterschriften kommt man mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch. Man kann mit ihnen über eine Vorlage oder das Anliegen sprechen und kann es ihnen erklären, bevor sie unterschreiben. Die Hürde für Referenden und Initiativen würde mit dem E-Collecting kleiner, und somit bestünde auch die Gefahr einer Flut von Initiativen und Referenden, vor allem auf Kantonsebene. Man müsste sich dann auch fragen, ob die Anzahl nötiger Unterschriften für Initiativen und Referenden nicht auch erhöht werden soll.

Die Gefahr von Missbrauch bei E-Collecting schätzen wir bedeutend höher ein als bei herkömmlichen Verfahren. Die Identifikation der Stimmberechtigten und der Datenschutz müssten sichergestellt sein. All das müsste vorgängig gut geprüft werden. Ein Trainingslager ist immer eine Gefahr für eine definitive Umsetzung. Die SVP ist dazu noch nicht bereit. Eine Motion lehnen wir ab. Das Postulat wurde grossmehrheitlich abgelehnt.

Thomas Gerber, Hinterkappelen (Grüne), Fraktionssprecher. Die grüne Fraktion nimmt den Vorstoss als Postulat an, lehnt aber eine Motion ebenfalls ab. Wir verschliessen uns nicht der Digitalisierung, aber die immensen Kosten, die ICT-Projekte verschlingen, sind für uns der Grund, weshalb der Kanton nicht die richtige Adresse ist. Das Anliegen gehört zum Bund. Dieser soll das für alle Kantone entwickeln. Der Motionär macht auch darauf aufmerksam, dass es dann für die Auslandsschweizer einfach sei. Die Auslandschweizer können schon heute unterschreiben. Es ist einfach nicht ganz einfach, wenn man so jemanden auf der Strasse trifft, aber das geht ganz problemlos. Ich bin überzeugt, dass sich dieses Problem auch bei einer digitalen Unterschriftensammlung stellen wird – genauso, wie es sich heute auf analogem Weg stellt.

Zudem haben wir noch ein weiteres Problem: Man bräuchte dafür die digitale Unterschrift. Im Kanton Bern gehe ich nicht davon aus, dass innert kürzester Zeit jeder Bürger eine digitale Unterschrift hat, vor allem wahrscheinlich auch nicht die ganz Jungen, die man hier ansprechen will. Aus diesem Grund lehnt die grüne Fraktion die Motion ab und stimmt dem Postulat zu.

Julien Stocker, Biel/Bienne (glp), Fraktionssprecher. Der Regierungsrat wird aufgefordert, die gesetzlichen Grundlagen für Pilotversuche zwecks Einführung von E-Collecting in den Gemeinden und dem Kanton Bern zu schaffen. Es erstaunt wenig, dass wir Grünliberalen dieses Anliegen unterstützen. Wie der Regierungsrat in seiner Antwort richtig ausführte, hat die Motion von Arx (M 173-2020) bereits generelle gesetzliche Anpassungen gefordert, damit im Kanton Bern elektronische Unterschriftensammlungen für Initiativen und fakultative Volksabstimmungen ermöglicht werden.

Heutzutage findet nahezu alles digital statt: Wenn ich im Zug sitze oder auch wenn ich mich hier im Ratssaal umsehe, haben doch die meisten – oder fast jeder – irgendein Gerät vor sich, sei es ein Laptop oder ein Smartphone. Genau wie im Arbeitsleben oder im Privaten schafft die Digitalisierung auch im Bereich der Volksrechte neue Möglichkeiten. Und anders als bei der Stimmabgabe beste-

hen beim E-Collecting auch keine grösseren technischen Sicherheitsprobleme. Wenn wir die Leute heute noch abholen und politisch einbeziehen wollen, dürfen wir das nicht länger verschlafen.

Wie eingangs erwähnt geht es lediglich darum, die gesetzliche Grundlage für Pilotversuche zu schaffen. Es geht noch nicht einmal darum, reguläre Grundlagen zu schaffen oder effektiv Pilotversuche durchzuführen. Es sollen nur vorerst die gesetzlichen Grundlagen für Pilotversuche geschaffen werden. Wir müssen diesen Prozess jetzt nicht in die Länge ziehen, indem wir das via Postulat prüfen. Ein Pilotprojekt ist ja per se schon eine Prüfung, wenn man so will.

Es handelt sich jetzt auch nicht um einen grossen Alleingang des Kantons Bern, sondern es ist wirklich einmal ein kleiner Pilotversuch, bei dem vielleicht auch der Bund von unseren Erfahrungen profitieren könnte. Darum wird unsere Fraktion das Anliegen sogar als Motion unterstützen.

Mirjam Veglio, Zollikofen (SP), Fraktionssprecherin. Ich bin mir sicher, dass alle hier quer durch alle Parteien von links bis rechts bis in die Mitte schon einmal Unterschriften gesammelt haben auf der Strasse – bei Wind und Wetter, zu jeder Zeit und Unzeit. Man steht auf der Strasse, und was zählt, sind die Unterschriften. Ich selber bin auch eine sehr erprobte Unterschriftensammlerin. Man erlebt dabei ja ganz viele Sachen; lustige Dinge, bewegende Momente und manchmal auch ganz traurige Lebensgeschichten. Ab und zu ist man auch schlicht und einfach ein Ventil, das gerade so praktisch dasteht, und bekommt einen Schwall von allen möglichen Inhalten ab – auch das gehört dazu!

Beim Unterschriftensammeln auf der Strasse müssen aber ganz sicher der Inhalt und die Argumente sitzen, aber auch die Sozialkompetenz und die Schlagfertigkeit werden auf den Prüfstand gestellt. Man könnte deshalb schnell den Eindruck bekommen, dass das E von E-Collecting für «*entspanntes* Sammeln» steht. Die Covid-19-Pandemie hat aber gezeigt, wie schwierig es ist, mit eingeschränkten oder sogar unmöglichen Kontaktmöglichkeiten Unterschriften zu sammeln. Das geschah der SP des Kantons Bern, als wir Unterschriften für die Elternzeitinitiative sammelten. Dies fiel gerade voll in diese Zeit, als das Credo war, dass man Abstand halten solle. Die Leute haben einen noch viel grösseren Bogen um uns gemacht – nicht wegen der Parteifarbe, sondern weil es wirklich hiess, dass man keine Kontakte haben soll. Das war wirklich nicht einfach und hat Schwachstellen sichtbar gemacht.

Die SP-JUSO-PSA-Fraktion sieht grundsätzlich in der Digitalisierung und auch in der Unterschriftensammlung etwas Gutes – diverse Vorteile wurden vom Motionär hier bereits genannt. Es ist sicher eine zukunftsgerichtete Form, wie man Unterschriften sammeln kann. Aber wie alles hat auch E-Collecting seinen Preis. Ich meine das nicht nur im monetären Sinn. Wie gesagt fällt das persönliche Gespräch, der Austausch und das Argumentieren für ein Anliegen, weg und wird durch eine Einweg-Kommunikation ersetzt. Das hat zumindest für mich einen anderen Stellenwert. Wir klicken uns zunehmend nur noch so durch die Inhalte, ohne uns damit auseinanderzusetzen. Dessen sollten wir uns bewusst sein.

Der Regierungsrat weist in seiner Stellungnahme unserer Meinung nach zu Recht darauf hin, dass gewisse Grundlagen und mögliche Auswirkungen auf das politische System noch fehlen. Es wäre auch falsch, bei der Einführung von E-Collecting nur die technische Seite zu betrachten. Auch diese Umsetzung ist sicher anspruchsvoll, aber machbar. Wir sollten aber vor allem die staatspolitischen Auswirkungen und diejenigen auf unsere direkte Demokratie im Auge behalten.

Wir sind deshalb der Meinung, dass wir den Bericht auf Bundesebene abwarten und nicht in Kenntnis von ganz vielen Fragezeichen mit einem kantonalen Pilotvorhaben vorpreschen sollten. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion unterstützt deshalb ein Postulat. Eine Motion lehnen wir ab.

Philippe Messerli, Nidau (EVP), Fraktionssprecher. Ja, der Ruf nach E-Collecting ist da. Mit E-Collecting sollen breitere Bevölkerungskreise erreicht werden. Die direkte Demokratie soll gestärkt, modernisiert und gleichzeitig die Bürokratie reduziert werden. Das klingt alles sehr gut – nach einem modernen Staat und so. Die Argumente sind bestechend. Aber ist eine direkte Demokratie per Mausclick wirklich so einfach und unproblematisch? Wie sieht es mit der Umsetzung konkret aus?

Es braucht dafür zunächst ein sicheres System zur Identifizierung; der Daten- und Persönlichkeitsschutz muss gewährleistet sein, damit Missbräuche ausgeschlossen werden können. Es besteht

beim E-Collecting derzeit für die Identifizierung noch keine valable Lösung. Die Demokratie lebt aber von Vertrauen. Gibt es schon nur die kleinsten Zweifel an der Rechtmässigkeit und Legitimität, kann das unseren Institutionen sehr schaden. Die Ablehnung der E-ID durch das Volk im letzten Jahr hat gezeigt, dass es überzeugende Lösungen braucht, um das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen. Digitalisierung stösst nicht einfach so auf ungehinderte Zustimmung.

Das ist aber nicht alles. Neben der technischen Umsetzung stellen sich beim E-Collecting auch ganz viele grundsätzliche, staatspolitische Fragen. Welchen Einfluss hat das E-Collecting auf die direktdemokratischen Instrumente? Führt das zur Belebung der Demokratie – oder zu mehr Polarisierung? Können sich damit ungehörte, schwache Stimmen Gehör verschaffen – oder werden mit E-Collecting grosse, kommerzielle Internetplattformen auf Kosten der Parteien und anderer politischer Akteure an Einfluss gewinnen? Kommt es mit dem E-Collecting zu einer Flut von Initiativen und Referenden, die unser direktdemokratisches System an die Grenzen der Funktionsfähigkeit bringen? Müsste allenfalls die Unterschriftenzahl erhöht werden? Könnten das E-Collecting und die herkömmlichen Unterschriftensammlungen nebeneinander bestehen? Und, und, und – es gibt ganz viele Fragen, die es noch zu klären gilt.

Deshalb finden wir es als EVP richtig, dass wir zuerst einmal den Bericht, der auf Bundesebene erstellt wird, abwarten. Zudem haben wir im letzten Jahr auch die Motion von Arx überwiesen; es läuft ein Prüfauftrag beim Kanton. Wir denken, dass wir als Kanton jetzt nichts übereilen müssen, sondern dies sorgfältig analysieren sollten. Es sollen noch keine Gesetze für Pilotversuche geschaffen, sondern zuerst die ganz wichtigen Grundlagen und Voraussetzungen erarbeitet werden, damit wir anschliessend Entscheidungen treffen können. Pilotversuche sind gut und wichtig, aber zuerst braucht es die ganz wichtigen Grundlagen. Deshalb lehnt die EVP dieses Anliegen in der Form einer Motion ab. Ein Postulat würden wir aber im Sinne eines Prüfauftrags unterstützen.

Mohamed Hamdaoui, Biel/Bienne (Le Centre), porte-parole de groupe. On se retrouve une fois de plus confronté au fameux paradoxe de l'œuf et de la poule : qui doit commencer, est-ce que c'est la Confédération ou est-ce que c'est le canton ? Vu la complexité du sujet qui pose des questions importantes en matière de sécurité informatique et qui, surtout, nous amène à réfléchir sur un changement profond de nos démocraties, de nous faire entrer vers une e-démocratie directe, nous estimons que dans ce cas précis, c'est la Confédération qui doit étudier ces questions de manière extrêmement sérieuse. Raison pour laquelle l'écrasante majorité du groupe du Centre rejettera la motion mais c'est à l'unanimité que nous accepterions cette proposition sous forme de postulat. Bon appétit.

Peter Bohnenblust, Biel/Bienne (FDP), Fraktionssprecher. Ich halte mich kurz – nicht nur wegen der Stimme (*Grossrat Bohnenblust klingt leicht heiser. / Le député Bohnenblust a la voix légèrement enrouée.*), sondern weil Christoph Zimmerli das Wesentliche schon gesagt hat. Was machen wir hier? Was verlangen wir hier? Wir verlangen hier einen Pilotversuch. Man kann jeden Pilotversuch in Frage stellen. Aber die wichtigen Sachen wurden gesagt. Wir müssen vorwärts machen, wir befinden uns in einer Digitalisierungswelle. Die alten Personen vergessen wir nicht, wie dies die SVP befürchtet. Sie könnten bei den Versuchen mitmachen. Das wäre zu gewährleisten. Wie gesagt: Die Fragen, die aufgeworfen wurden, wurden zu Recht aufgeworfen. Aber genau dafür hat man Pilotversuche. Deshalb: Gehen wir in dieses Trainingslager, geben wir unserer Demokratie einen Schubs! Gehen wir mit der Zeit! Deshalb sind wir für die Motion. Erst recht, weil die Regierung ja zwei Jahre Zeit hat, um dies umzusetzen. In diesen zwei Jahren kann viel passieren. Vielen Dank deshalb für die Zustimmung zur Motion.

Le président. Je laisserai la parole à M. le chancelier d'Etat après la pause ou bien est-ce qu'il se prononce... – Non, après la pause. Je souhaite un bon appétit à tout le monde.

Die Sitzung endet um 11.45 Uhr. / La séance se termine à 11 heures 45.

Protokoll: / Procès-verbal :

Sarah O'Leary (d)

Ursula Ruch (f)